

Erscheinungsdatum: 13. Januar 2006
Medium: Der Standard, Österreich
Rubrik: Politik

derStandard.at | Politik | Europäische Union

13. Jänner 2006
14:29 MEZ

Konvent für Deutschland gegen Neubelebung von EU-Verfassungsentwurf

Beratergremium: Keine Energie darauf verwenden

Berlin - In der Diskussion um die auf Eis gelegte EU-Verfassung hat sich der Konvent für Deutschland, ein Beratergremium unter Vorsitz des deutschen Alt-Bundespräsidenten Roman Herzog (1994-99), gegen eine Wiederbelebung des bei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Vorjahr abgelehnten Textes ausgesprochen. Die deutsche Regierung solle darauf keine Energie verwenden, forderte der Konvent am Donnerstag in Berlin, sondern sich stattdessen um eine Herauslösung und Ratifikation der notwendigen und sinnvollen Teile des Vertrages - vor allem zur Weiterentwicklung des Vertrages von Nizza - bemühen.

Neue Anstöße 2007

Deutschland will unter deutscher Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 neue Anstöße zur Verfassung geben und den ausgesetzte Ratifizierungsprozess fortführen. Dazu der Konvent: "Eine 'Verfassung' mit 448 Artikeln und einer äußerst komplexen Struktur kann das Ideal der Bürgernähe noch so sehr proklamieren: Sie wird von den Bürgern nicht verstanden und daher zu Recht abgelehnt."

Der Konvent für Deutschland versteht sich als überparteiliches und unabhängiges Beratergremium für die Politik. Zu ihm gehören neben Herzog unter anderem die frühere Präsidentin des deutschen Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, der Unternehmensberater Roland Berger und der frühere Präsident Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel. (APA/dpa)